

1. August-Rede Aadorf

von Kurt Egger, Nationalrat GRÜNE

31. Juli 2023, Gemeindeplatz Aadorf

Liebe Aadorferinnen, liebe Aadorfer, liebe Gäste, guten Abend

Es freut mich, hier in Aadorf die 1. August-Rede halten zu dürfen und bedanke mich ganz herzlich für die Einladung. Ja es ist mir eine Ehre und auch eine Art Heimspiel, habe ich doch hier in Aadorf mehr als 15 Jahre gelebt, gearbeitet und mich engagiert. So sind mir auch heute immer noch das eine oder andere Gesicht aus gemeinsamen Sitzungen der Kulturkommission oder aus der Arbeit am Prozess zur Energiestadt Aadorf bekannt und vertraut.

Der 1. August ist ja auch fernab des Rütli ein emotional aufgeladener Anlass, der schnell dazu verleitet, sich gar schnell auf die eigenen Schultern zu klopfen und das, was der Schweiz zugefallen ist, als Eigenleistung auszugeben. Mir liegt dieser selig getrübbte Blick zurück nicht so, sondern rufe lieber aus der jüngeren Vergangenheit das in Erinnerung, was die nächsten Jahre für uns Bedeutung haben kann.

Demokratie/Minderheiten

Im 18. Juni 2023 haben wir zum dritten Mal innert zwei Jahren über Gesetze des Bundes zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie abgestimmt. Ein weiteres Mal hat diese eine kleine regional verankerte Gruppierung die notwendigen Unterschriften für ein Referendum zusammengebracht und eine gesamtschweizerische Abstimmung erzwungen. Wie schon bei den beiden vorangegangenen Abstimmungen war das Ergebnis von seltener Klarheit. Insgesamt 1,4 Mio (also 62%) Personen stimmten einmal mehr gegen eine Denkmittel- und Misstrauenspolitik gegenüber dem Bundesrat und den Behörden. Natürlich lässt sich angesichts des Ergebnisses fragen, ob man nicht mit einer Erhöhung der Unterschriftszahlen den Aufwand unserer halbdirekten Demokratie mit seinen vielen Urnengängen verringern könnte. Ich bin dagegen, denn wie abwegig auch einzelnen Abstimmungen sein mögen, sie sind Ausdruck unserer Beteiligung am politischen Geschehen: Wer immer auch ein politisches Anliegen hat, ein vermeintliches Ärgernis abwenden möchte, oder sich grundsätzlich ungerecht behandelt fühlt, soll seine Meinung zu Markte tragen dürfen. Solche Abstimmungen sind wichtig – auch gerade im Umgang mit den Unzufriedenen, Personen, die meinen, die Wahrheit gepachtet zu haben. Die Abstimmungen haben deutlich gemacht, dass auch Minderheitspositionen Zugang zum politischen Prozess haben. Umso eigenartig, dass gerade aus der Umgebung der Corona-Referendumsinitianten und – initiantinnen die Demokratie schweizerischer Prägung in Zweifel gezogen wurde.

Ökologie/AKW

Mit zu dieser Freiheit der Meinungsäusserung gehört auch, dass nun wieder wacker nach neuen Atomreaktoren gerufen wird; da wird von einer sauberen Energie schwadroniert, als hätten wir bereits die Endlagerung des Atommülls geregelt, als hätte es die Unfälle in Sellafield, Tschernobil, Fukushima nie gegeben und wäre die Situation in Saporischa nicht vom Gesundheitszustand Putins und seiner Generäle abhängig. Wir haben uns politisch aus vernünftigen Gründen vor Jahren schon von der Atomenergie verabschiedet. Seit Jahren wird also in der Energiewirtschaft am Ausstieg geplant und entsprechende Nachfolgemöglichkeiten erwogen. Durch Putins Krieg ist in der Schweiz der Druck auf eine rasche Umsetzung ist stärker geworden. Aber im Gegensatz z.B. zu Deutschland müssen wir nicht die gesamte Energieversorgung auf neue Füsse stellen.

Da wirkt der Ruf nach neuen AKW etwas gar aus der Zeit gefallen. Man muss sich das einmal wirklich vorstellen: Da sprechen wir heute im Parlament, in den Kommissionen darüber, wie wir den Energiebedarf mittelfristig – also für die nächsten fünf bis zehn Jahre – abzudecken haben und da

werben einzelne Personen aus der Politik gleichzeitig auf allen Kanälen für AKWs, die frühestens in dreissig Jahren Strom liefern werden.

Natürlich ist in der Energiepolitik eine langfristige Planung von zentraler Bedeutung. Aber diese beruht auf technischen Annahmen, die dann in fünfzig Jahren noch gültig sind. Wenn Sie in fünf Jahren eine Reise machen wollen, planen sie diese auch nicht mit dem aktuell gültigen SBB-Fahrplan.

Dass die Schweiz die Energiewende schafft, steht für mich ausser Zweifel. Der gesamtgesellschaftliche Wille für eine Umwelt verträgliche Energieversorgung ist in der Schweiz vorhanden. Dies hat auch die Abstimmung im Juni gezeigt, beeindruckend ist auch der Umstand, dass die letztjährigen Sparappelle – also ohne Verbot und Bestrafung – bei den Privathaushaltungen gewirkt haben. Wir sind ein kostenbewusstes Volk - das heisst, Energiesparen muss sich lohnen: Das wird sicher auch eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, umweltschonendes Produzieren in der Schweiz zu einem rentablen Geschäft zu machen. Zu häufig tragen in der Schweiz heute immer noch kleine und mittelständische Firmen die Innovation im Umweltbereich voran.

Neutralität

Die wohl grösste internationale Herausforderung ist in der Schweiz hausgemacht. Ob es um eine vertragliche Regelung mit der EU, der Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis oder um die Frage der Neutralität geht – wir stehen uns gerne landesintern gegenseitig auf die Füsse, verzögern fällige Entscheide, haben im Ausland mit Prestigeverlust zu kämpfen. Unser offensichtliches Widerstreben, sich als Schweiz politisch in einen grösseren Zusammenhang zu integrieren hat Tradition. Die diplomatischen Verrenkungen am Wiener Kongress 1815, der Eintritt in den Völkerbund 1920, der Beitritt zur UNO 2002 – stets taten wir uns mit der Entscheidung schwer und stets spielte dabei die Neutralitätsdebatte eine entscheidende Rolle. Dabei haben wir sie gar nicht selber erfunden, sondern sie ist eine Bedingung, welche 1815 die Vertragsstaaten im Wiener Kongress der Schweizer Delegation diktierten.

Wir verstehen Neutralität heute einerseits als international verbrieftes Recht, das uns vor Aggression von aussen schützt; zugleich ist es ein Prinzip der politischen Gestaltung mit einer immensen Bedeutung innerhalb der Schweiz (Zustimmungswert von über 90% der Bevölkerung), aber auch ein Prinzip, das unsere Aussenpolitik wesentlich bestimmt. Zu keinem Zeitpunkt hat die Neutralität aber die Schweiz daran gehindert, Kritik am Handeln anderer Staaten zu äussern – viel eher und öfter war dies wirtschaftlichen Rücksichten geschuldet. So ist denn auch nicht die Neutralität, welche uns die Weitergabe von Waffen verhindert, sondern die aktuelle Konstellation im Bundesrat – wie auch im Parlament.

Mich ärgert aber mehr, dass der Bund nicht deutlicher die humanitären Hilfeleistungen für die Ukraine vorantreibt, sei es mit mehr Minenaufspürgeräten, mobilen Spitälern. So flott und rasch die Unterstützung für die aus dem Kriegsgebiet Geflüchteten erfolgt ist, so diskret, ja beinahe verschämt wird im Bereich der Sanktionen agiert. Im Wissen um die Oligarchengelder auf Schweizer Banken und des Umfangs des Rohstoffhandels Russlands über Schweizer Kanäle hätte die Schweiz konkrete Möglichkeiten, humanitär und wirtschaftlich aktiv zu werden.

Wichtig erscheint mir hingegen die Schweizer Initiative, bereits jetzt über die Aufbauphase nach dem Krieg nachzudenken, also in den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zu investieren. Unsere Erfahrung als mehrsprachiger, föderaler Staat könnte dazu wesentliche Impulse vermitteln.

Thurgau

Der Thurgau gehört in der Schweiz zu den Kantonen mit dem aktuell grössten Wachstum. Wir sind offenbar attraktiv, um zu wohnen und für alle, die nicht nach Winterthur und Zürich pendeln, attraktiv um zu arbeiten. Die Herausforderung auf kantonaler und noch mehr auf kommunaler Ebene besteht nun darin, attraktive Gewerbefläche offerieren zu können und im gleichen Zug die Attraktivität zum Wohnen, die Natur als Nacherholungsgebiet zu erhalten. Mit dem Landschaftsentwicklungskonzept und der Agglomerationsstrategie hat man auf kantonaler Ebene die Voraussetzungen geschaffen, um

die Ansprüche an Lebensraum und wirtschaftlicher Nutzung unter einen Hut zu bringen. Dies gilt auch für die Richtplanänderung «Windenergie». Wir alle benötigen Energie, aber haben bislang bei der Wasserkraft die Gewinnung samt den damit verbundenen Risiken gerne den Bergkantonen überlassen oder uns auf Einkauf aus dem Ausland beschränkt. Spätestens seit dem 25. Februar 2022 ist uns klar, dass wir vermehrt auch selber Strom produzieren müssen. Eigentümlich ist aber, wenn private Vereinigungen – wie der Verein Lebensqualität Wuppenau-Braunau als erstes und wichtiges Argument gegen Windräder, die hinter ihren Wald zu liegen kämen, die Wertverminderung ihrer Liegenschaften ins Feld führen. Man ist versucht, sie darauf hinzuweisen, dass ihre Häuser ohne Strom noch viel mehr als 10% ihres Wert verlieren würden. Wir werden in den kommenden Jahren, sei es im Energiebereich oder bei Projekten im Strassenbau zwischen wirtschaftlichem Nutzen, der Notwendigkeit und den Auswirkungen auf die Lebensqualität und Landschaftsschutz abzuwägen haben. Dabei darf der kurzfristige Eigennutz nicht das einzige und ausschlaggebende Argument sein.

Schluss

Auch wenn sich einzelne Personen so aufführen, im politischen System der Schweiz hängt das Schicksal zu keinem Zeitpunkt von einem einzelnen Helden, einer Macherin oder Person mit besonderem Gestaltungsdrang ab, sondern von uns allen gemeinsam - letztlich also von Ihnen, die sie hier in Aadorf aktiv sind – sei es als Mitglied einer Partei, im Fussballclub, in der Boccia-Halle bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bei den Samaritern, als Mitglied der Feuerwehr, als Stimmzähler oder Urnenoffiziant, als Mitglied der Pfadfinder oder bei Jungwacht/Blauring etc.

Sie, die sie sich gesellschaftlich engagieren, mitmachen und anderen in der Gemeinde das Mitmachen ermöglichen, sind grundlegend wichtig für unsere politische Kultur. Dafür gebührt Ihnen ein Dank, der hoffentlich über den heutigen Abend hinausreicht. Und vor allem: bleiben Sie gesund.